

Patt im Bundestag: Herausforderungen der Wahl 2013

Die Bundestagswahl erbrachte keine klaren Mehrheitsverhältnisse. Obwohl die CDU/CSU einen unerwarteten Erfolg von 41,5 % der Zweitstimmen erreicht hat, verfügt die Unionsfraktion nicht über eine eigene Mehrheit im Bundestag; dazu fehlen ihr fünf Sitze (316 wären nötig, CDU/CSU haben 311). Zudem ist ihr Wunschpartner, die FDP, an der 5%-Hürde gescheitert und nicht wieder in den Bundestag eingezogen. Rein rechnerisch gibt es eine linke Mehrheit: Es würde knapp für ein rot-rot-grünes Bündnis aus SPD, Linkspartei und Grünen reichen (320 Sitze). Die SPD hat im Wahlkampf aber eine Regierungskoalition mit der Linkspartei auf Bundesebene kategorisch ausgeschlossen. Auch gegenüber einer Großen Koalition mit der CDU/CSU ist die SPD skeptisch: Sie befürchtet, als Juniorpartnerin die eigenen Inhalte nicht durchsetzen zu können und dafür bei der nächsten Wahl von den Wählerinnen und Wählern noch stärker abgestraft zu werden. Das erste Mal in der Geschichte einer Partei will die SPD nun ihre Mitglieder befragen, ob und unter welchen Bedingungen die Parteiführung einer Koalition zustimmen soll. Auch die Grünen sind ein potentieller Koalitionspartner für die CDU/CSU. Neben Großstädten wie Köln (2003/04) und Frankfurt/Main (seit 2006) gibt bzw. gab es schwarz-grüne Regierungskoalitionen bereits auf Länderebene (Hamburg, 2008-2010). Dennoch gibt es viele Themen, in denen die Grünen und die CDU/CSU sehr unterschiedliche Positionen haben. Und nach den inzwischen beendeten schwarz-grünen Sondierungsgesprächen im Bund waren beide Seiten zumindest darin einig, sich „atmosphärisch“ näher gekommen zu sein.

Bei der Bundestagswahl 2013 gibt es relativ klare Gewinner und Verlierer: Die CDU/CSU hat das beste Wahlergebnis seit 1990 erzielt. Mit einem Ergebnis von über 40 % knüpft sie fast an alte Zeiten vor 1990 an: Bis dahin hatte die CDU/CSU regelmäßig Wahlergebnisse von 45-50 % erzielt. Die SPD hingegen ist enttäuscht über ihr Wahlergebnis: Sie hat 25,7 % der Stimmen gewonnen, das sind nur 2,7 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2009, ihrem historisch schlechtesten Ergebnis. In den 1970er Jahren lagen die Werte der SPD konstant über 40 %, in den 1980er Jahren schwankten sie immerhin zwischen 30-40 %. Auch die Grünen haben Stimmen verloren. Sie erhielten 2,3 Prozentpunkte weniger als 2009.

Einen unerwarteten Erfolg konnte die euro(pa)kritische AfD verbuchen. Mit 4,8 % der Stimmen hätte sie fast den Sprung über die 5 %-Hürde geschafft. Nun wird diskutiert, ob sich die konservativen Parteien ebenso zersplittern wie SPD, Linke und Teile der Grünen auf der anderen Seite des politischen Spektrums.

Wie die AfD ist auch die FDP knapp an der 5%-Hürde gescheitert. Insgesamt sind 15,7 % der Stimmen für Parteien abgegeben worden, die nicht im

Bundestag vertreten sind, das ist absoluter Rekord (zum Vergleich: 2009 waren es 6 %). Diese Stimmen sind „verloren“, da sie nicht im Parlament repräsentiert sind. In den letzten Jahren gibt es immer mehr Politikwissenschaftler, Politiker aber auch Juristen, die argumentieren, dass eine 5 %-Hürde (viel) zu hoch sei. Das Bundesverfassungsgericht entschied 2011 mit Blick auf die Europawahl, dass eine Sperrklausel von 5 % gegen die Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der politischen Parteien verstoße. In der kommenden Europawahl 2014 wird es daher eine Sperrklausel von nur 3 % geben.

In den vergangenen Jahren konnte man in Deutschland – aber auch in anderen demokratischen Ländern – den Trend beobachten, dass immer weniger Menschen zur Wahl gehen. Nach 78,5 % im Jahr 1949 hatte die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik von 1953 bis 1983 stets um die 90 % gelegen (86,0-91,1 %), fiel dann bis zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 aber auf 77,8 % ab. Nach leichten Zugewinnen bis 1998 (82,2 %) sank sie bis 2009 auf den historischen Tiefstand von 70,8 %. Die Bundestagswahl 2013 könnte nun einen erneuten Wendepunkt darstellen: Das erste Mal seit fünfzehn Jahren ist die Wahlbeteiligung wieder gestiegen, wenn auch nur leicht auf 71,5 %.

Ziel:

Induktiv mit Hilfe des Beispiels arbeiten: Themen/Puzzle/Fragen generieren, die über den Einzelfall „Bundestagswahl 2013“ hinausreichen. Es geht nicht darum, einen konkreten Fall zu erklären (Bundestagswahl 2013), sondern mit Hilfe des Falles Fragen zu generieren, die sich mit weiterem Datenmaterial bearbeiten lassen.